

**Inhaltsverzeichnis**

05.03.2019 Neue Zürcher Zeitung Keller-Sutter dämpft Erwartungen..... 2

Schweiz

## Keller-Sutter dämpft Erwartungen

### Eritrea-Vorstoss im Nationalrat

For. Bern · Die Politik schaut besonders aufmerksam auf Migranten aus Eritrea. Derweil hat sich die Situation auf dem Terrain entspannt. Stammen 2015 fast 10 000 Asylgesuche von Eritreern, lag diese Zahl im vergangenen Jahr noch bei 2825. Davon sind allerdings nur 492 Menschen im eigentlichen Sinne in die Schweiz geflüchtet. Bei den anderen Fällen handelt es sich um Geburten und Familienzusammenführungen. «Dieser Trend setzt sich im laufenden Jahr fort», sagte Justizministerin Karin Keller-Sutter am Montag im Nationalrat.

Anlass für die kleine Debatte gab eine Motion aus dem Ständerat. Diese verlangt vom Bundesrat, dass er den Handlungsspielraum nutzt, um den Aufenthaltsstatus der vorläufig aufgenommenen Eritreer zu überprüfen. Diese Arbeit hat das Staatssekretariat für Migration (Sem) jedoch bereits vor der Einreichung der Motion im vergangenen Mai aufgenommen. In einem Pilotversuch hat das Sem 250 vorläufig Aufgenommene überprüft. Zuvor war das Bundesverwaltungsgericht zum Schluss gelangt, dass die Rückkehr von abgewiesenen Asylsuchenden aus Eritrea in ihr Heimatland grundsätzlich zumutbar sei – selbst dann, wenn sie danach ein Aufgebot für den Nationaldienst erhalten könnten.

### Neue Mission nach Eritrea

Das Sem kam zum Schluss, dass bei 9 Prozent der untersuchten Stichprobe die Aufhebung des Status als vorläufig Aufgenommene rechtlich vertretbar und verhältnismässig sei. Wie viele von den betroffenen rund 20 Eritreern tatsächlich ausreisen, bleibt offen. Denn Zwangsausstaffungen sind nicht möglich, da Eritrea solche nicht akzeptiert. Weil die Schweiz die Betroffenen nicht zurückschicken könne, würden sie in die Nothilfe und die Illegalität abgedrängt, kritisieren Flüchtlingsorganisationen.

Mitte Jahr wird das Sem die vorläufige Aufnahme von sämtlichen 3400 Eritreern, die unter das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts fallen, überprüft haben. Das Parlament wird dazu per Anfang 2020 einen Bericht erhalten. Keller-Sutter dämpft indes die Erwartungen. Die Quote von 9 Prozent in der Stichprobe sei nicht repräsentativ. Laut Sem liegt die Quote bei den restlichen Überprüfungen bei rund 4 Prozent. Der höhere Wert in der Pilotphase wird damit begründet, dass zuerst zahlreiche Dossiers von Personen überprüft wurden, die ihre Dienstpflicht in Eritrea bereits erfüllt haben.

Das Sem nutze selbstverständlich seinen Handlungsspielraum, sagte Keller-Sutter. Die Schweiz habe im europäischen

Vergleich gegenüber Eritrea eine restriktive Asylpraxis. Auch gebe es regelmässig Missionen vor Ort. So reisen Vertreter des Sem in den nächsten Wochen nach Eritrea und Äthiopien, um sich selbst ein Bild zu machen (Fact-Finding-Mission). Dabei geht es auch um die Frage, inwiefern sich die Situation nach dem Friedensschluss 2018 zwischen den beiden Ländern verändert hat. Auch hier dämpft Keller-Sutter die Erwartungen: Kein europäischer Staat könne Eritreer gegen ihren Willen zurückschaffen. Es gebe noch viel zu tun.

### Widerstand von Links-Grün

Der Rat überwies den Vorstoss mit 127 zu 51 Stimmen. Es gehe darum, den Druck auf den Bund hoch zu halten, sagte Kommissionssprecher Hansjörg Brunner (fdp., Thurgau) im Namen der Befürworter. Eine links-grüne Minderheit war damit nicht einverstanden. Der Bundesrat sei bereits an der Umsetzung der Forderungen der Motion, sagte Valérie Piller Carrard (sp., Freiburg).